

Antrag

der AfD-Fraktion

Modellprojekt Stadtpolizei in Frankfurt (Oder) errichten

Der Landtag stellt fest:

Frankfurt (Oder) leidet seit Jahren unter der grenzüberschreitenden Kriminalität und der mangelnden Polizeipräsenz vor Ort. Dieser nicht hinnehmbare Zustand ist durch geeignete präventive und operative Maßnahmen zumindest abzumildern.

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen durch Änderung des Polizeigesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes dahingehend zu schaffen, dass Ortspolizeibehörden in Frankfurt (Oder) als Modellprojekt für das Land Brandenburg zeitlich befristet ermöglicht werden.
2. Der Gesetzentwurf gemäß Ziff. 1 soll spätestens bis zum 8. März 2024 in den Landtag eingebracht werden; die erste Lesung soll im März-Plenum 2024 erfolgen.

Begründung:

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) als Grenzstadt leidet erheblich unter der Grenzkriminalität.¹ Im Vergleich der festgestellten Straftaten insgesamt von 2020 und 2021 war ein Anstieg im sog. Hellfeld um ca. 15 Prozent aufgetreten.² Im Folgejahr 2022 stiegen die festgestellten Straftaten noch einmal um weitere zehn Prozent an.³

Um die kommunalen Ordnungsbehörden als Polizeibehörden hochzustufen und den Begriff „Stadtpolizei“ verwenden zu können, ist eine Änderung des Polizeigesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes zunächst zur Ermöglichung eines Modellprojektes in Frankfurt (Oder) erforderlich.

Im Land Brandenburg sind derzeit die kommunalen Ordnungsbehörden als Ordnungsamtsmitarbeiter im Außendienst tätig, welche nach Änderung des Gesetzes als „Polizeibehörde“ bzw. „Stadtpolizei“ auch nach außen hin verdeutlicht werden können.

¹ Vgl. rbb24-Online v. 16.11.2022 zu „1.800 kontrollierte Fahrzeuge: Drogen, gefälschte Urkunden und ein geklautes Auto“, <https://www.rbb24.de/studiocottbus/panorama/2022/11/brandenburg-a15-bademeusel-polizei-kontrolle-grenzkriminalitaet-drogen.html>, abgerufen am 29.11.2023.

² Vgl. MOZ v. 21.06.2022 zu „Zahl der Straftaten in Frankfurt (Oder) steigt um 15 Prozent – aus einem einfachen Grund“, https://www.moz.de/lokales/frankfurt-oder/polizei-zahl-der-straftaten-in-frankfurt-_oder_-steigt-um-15-prozent-_aus-einem-einfachen-grund-65045911.html, abgerufen am 29.11.2023.

³ Vgl. „Polizeiliche Kriminalstatistik 2022 der Polizeidirektion Ost“ v. 14.04.2023, <https://tantower.wordpress.com/2023/04/14/polizeiliche-kriminalstatistik-2022-der-polizeidirektion-ost/>, abgerufen am 29.11.2023.

Neben der Aufklärung des sog. Hellfeldes ist auch insbesondere das sog. Dunkelfeld, d. h. die nicht festgestellten Straftaten, „aufzuhellen“ und durch mehr Polizeipräsenz vor Ort und Erweiterung der Kompetenzen der Ordnungsbehörden mit Polizeibefugnissen zu erweitern.

Daher sind, dem Vorbild z. B. unseres Nachbarbundeslandes Sachsen folgend, die entsprechenden gesetzlichen Änderungen dahingehend vorzunehmen, dass in Frankfurt (Oder) als Modellprojekt eine Ortspolizeibehörde eingerichtet wird. Hierdurch kann durch Verwendung des Begriffes „Polizeibehörde“ bzw. „Stadtpolizei“ auch nach außen hin die Ausübung von Polizeibefugnissen verdeutlicht werden.⁴

Neben Sachsen ist auch Hessen Vorreiter der Ermöglichung von Stadtpolizeien, wo die Stadtpolizei in Frankfurt am Main als bundesweiter Vorreiter gilt, was Aufgabenbreite, Ausbildungs- und Ausrüstungsstandards angeht.

Die Einrichtung einer Stadtpolizei ist auch deshalb erforderlich, weil die Personallücke im Bereich des Polizeivollzugsdienstes im Land Brandenburg bisher durch die Regierungskoalition nicht geschlossen werden konnte. Es fehlen immer noch mehrere hundert Beamte.

⁴ Vgl. *Leipziger Volkszeitung* v. 21.02.2018 zu „Leipzigs neue ‚Stadtpolizei‘ ist da – was sich dadurch ändert“, <https://www.lvz.de/lokales/leipzig/leipzigs-neue-stadtpolizei-ist-da-was-sich-dadurch-aendert-KDITF24ACJY2MOWKQLRPSS7AWQ.html>, abgerufen am 29.11.2023.